



Committee on Petitions
The Secretariat

B03771 | **02.03.2009**

Brüssel,
KLC/nmh[02-COM.PETI(2009)D/11659]

Frau Petra HELLER
Greiffenbergstr.33
D-96052 Bamberg

Betrifft: Petition Nr. 151/2007 (*bei sämtlichem Schriftverkehr anzugeben*)

Sehr geehrte Frau Heller,

Wie Ihnen bekannt ist, wurden auf der Grundlage Ihrer zur Prüfung an den Petitionsausschuss übermittelten Petition im vergangenen Jahr mehrere Untersuchungen eingeleitet. Dem Ausschuss liegen zahlreiche weitere Petitionen zum selben Thema vor, so dass die Mitglieder des Ausschusses die verschiedenen Angaben über den Umgang der zuständigen Behörden mit den Auswirkungen einer Trennung der Eltern auf die Rechte des Kindes und die Rechte der Eltern miteinander vergleichen konnten.

Die deutschen Behörden wurden ebenfalls kontaktiert und zu ihren Beobachtungen befragt.

Es war jedoch nicht möglich, für jeden Einzelfall eine individuelle Lösung zu finden, auch und vor allem weil sich der Petitionsausschuss als parlamentarischer Ausschuss nicht in die Position eines Gerichtshofs erheben kann. Er verfügt hierzu weder über die erforderlichen Befugnisse noch die speziellen Mittel. Der Ausschuss hat jedoch ein Dokument erarbeitet, in dem die verschiedenen Aspekte des Problems aufgeführt und die für die Klärung jedes Einzelfalles zuständigen politischen und juristischen Behörden in Deutschland genannt werden.

Der Ausschuss erwartet allerdings, dass die deutschen Behörden, insbesondere die auf nationaler und regionaler Ebene zuständigen parlamentarischen Gremien, den Beobachtungen und Erkenntnissen des Ausschusses Rechnung tragen und in ihrem weiteren Vorgehen den Beschwerden der betroffenen Eltern, die ihre Rechte häufig völlig zu Recht als verletzt ansehen, in wirksamer Weise nachgehen werden.

Im Anhang finden Sie das nunmehr vom Petitionsausschuss angenommene Dokument, auf dessen Grundlage der Ausschuss beschlossen hat, seine Prüfung der Petitionen, in denen er auf die Tätigkeit des Jugendamts aufmerksam gemacht wurde, abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Marcin Libicki
Vorsitzender des Petitionsausschusses

Anlage: PE 418.136